Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.65 Mark, vierteljährlich 4.95 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Graubausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 526. Halle, Freitag, den 8. November. 1918.

Ausdehnung der Revolution.

Ein Aufruf der neuen bayrischen Machthaber. — Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten. — Der Aufstand in Köln. — Die letzten Kämpfe im Westen.

Bildung einer Republik in Bayern.

Bayern ist fortan ein freier Staat". — Für den Völkerbund. — Selbstregierung durch Soldatenräte. Beendigung des Bruderkrieges für Bayern. — Es lebe der Friede!

München, 8. November. (Priv.-Tel.) Im Anschluß an die gestrige Massenversammlung auf der Theresienwiese kamen in München zu ernsten Unruhen, die im Verlaufe zur Ausrufung der Republik Bayern führten.

In der Nacht zum heutigen Tage bildete sich ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, zu dessen Vorsitzenden Kurt Eisner ernannt wurde. Dieser Rat erließ an die Bevölkerung Münchens einen Aufruf.

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchner Arbeiter und Soldaten geführt. Ein parlamentarischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein freier Staat.

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Masse getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, in der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit geht an.

Bayern wird Deutschland für den Völkerbund rüsten.

Es lebe die bayerische demokratische und sozialistische Republik Bayern! Es lebe der [illegible]

[illegible] es vor den schlimmsten Gefahren. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch das Selbstbestimmungsrecht des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allen Schmerz Erschütterungen zu erleiden, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überschritten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführten. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern.

Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Personen und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden

durch Soldatenräte sich selbst regieren

und die Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen.

Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen.

Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter und Bürger Münchens vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwälzung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlosen wilden Mordens verwischenen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt.

[illegible] Die Sicherheit Brandes.

Die [illegible] genommenen Gewalten, jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.

Es lebe die bayerische Republik!, es lebe der Friede!, es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Sonntag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.
Der erste Vorsitzende, gez.: Kurt Eisner.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 8. November. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Franzose, der sich nordöstlich von Audenarde erneut auf dem östlichen Scheldeufer festsetzte, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluß geworfen. Zwischen der Schelde und Maas haben wir die Bewegungen in letzter Nacht planmäßig weitergeführt. Von unseren neuen Linien entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Valenciennes—Mons, an der Sambre, westlich von Avesnes und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überall mit der Abwehr des Gegners. Der Feind stand am Abend östlich von Bavay — nördlich von Avesnes — östlich von La Capelle — südwestlich von Hirson — südlich von Signy — L'Abbaye, bei Poix Terron und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan. Oestlich der Maas Teilkämpfe in dem Waldgelände westlich von Brandeville.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Bereits Waffenruhe?

-r. Köln, 8. November. (Priv.-Telegr.) Die „Köln. Ztg." meldet aus dem Haag: Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" bringt in Zeitdruck aus Sys von Gent die Meldung, daß seit 24 Stunden der Kampf am Kanal von Schelde ruht. Das Artilleriefeuer sowie eine jede andere Tätigkeit auf dem linken Flügel der Armeen der Verbündeten hat aufgehört. Ob das mit den Besprechungen über den Waffenstillstand zusammenhängt, ist unbekannt.

Prinz Heinrich in Dänemark.

—n. Kiel, 8. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Nach der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel soll Prinz Heinrich von Preußen nach Dänemark entflohen sein.

Das Stadtbild von Kiel.

—n. Kiel, 8. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Kieler Ztg. schreibt: Das Stadtbild macht einen ruhigen Eindruck. Noch wie vor bewegen sich große Massen durch die Stadt. Im Hafen wurden verschiedene Ausladungen vorgenommen. Die Deckoffiziere und Feldwebel tragen wieder die Kronen an den Mützen. Die Werftarbeiter haben sich dem Arbeiterrat gleichfalls unterstellt.

Die Revolution in Köln.

Massenzuzug aus Kiel und Hamburg.

-r. Köln, 8. November. (Priv.-Telegr.) Zu den Kundgebungen in Köln meldet die „Köln. Volksztg.": Spät in der Nacht sind größere revolutionäre Massen aus Kiel, Hamburg u. anderen Orten hier eingetroffen. Sie betraten nach einigen Ausschreitungen mit den Waffenmannschaften die Stadt, hatten hier rasch Fühlung und schritten in den frühen Morgenstunden an verschiedenen Stellen der Stadt zur Befreiung der Gefangenen. Patrouillen durchziehen seit heute früh die Stadt. Mannschaften und Offiziere werden zur Abgabe ihrer Waffen aufgefordert. Der Aufforderung wird ohne Widerstand entsprochen. Die Straßenbahnen werden angehalten und die Soldaten zum Aussteigen aufgefordert. Der Verkehr im Innern der Stadt ist derart angeschwollen, daß der Straßenbahnverkehr zum Teil ruht. In den Munitionsfabriken ruht zumeist die Arbeit. Trupps feiernder Arbeiter und Arbeiterinnen durchziehen die Stadt. Heute vormittag fand von 9 Uhr an auf dem Neumarkt eine Versammlung statt. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich eingefunden, die stündlich weiter anschwoll. Zahlreiche Redner nahmen hier das Wort und stürmischer Beifall wurde ihnen gezollt. Die Polizei verhält sich tolerant.

Aufruf des Rates in Bayern.

München, 8. November. (Privattelegramm.) Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern erließ folgende Bekanntmachung:

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeitet von heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrage und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten.

Der Münchener Polizeipräsident fügt sich.

WTB. München, 8. November. (Privattelegramm.) Erklärung des Münchener Polizeipräsidenten:

Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Münchens Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten.

München, 8. November 1918, morgens 1 Uhr.
Königlicher Polizeipräsident.
gez. von Bech.

Noske als Nachfolger des Admirals Souchons.

—n. Kiel, 8. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Nach der Kieler Zeitung wurde folgender Aufruf an die Einwohnerschaft Kiels erlassen:

Admiral Souchon hat die Geschäfte des Gouvernements heute infolge des Beschlusses des Soldatenrates in meine Hände gelegt. Mein nachdrückliches Bestreben wird sein, für restlose Herstellung geordneter Verhältnisse Sorge zu tragen. Den Truppen werde vom Soldatenrat zur strengsten Pflicht gemacht, unbedingt Ruhe und Ordnung zu wahren. Ausschreitungen jeder Art soll mit rücksichtsloser Strenge entgegengetreten werden. An die Einwohnerschaft von Kiel richte ich das dringende Ersuchen, sich mit den veränderten Verhältnissen abzufinden.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat:
Noske, Kommissar für Marineangelegenheiten.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 2.)

Frieden, Freiheit, Brot.

Bald wird der letzte Schuß in diesem fürchterlichen Völkerringen getan sein. Nachdem die deutschen Delegierten bei dem französischen Marschall Foch angekommen sind, dürften sie bereits in den Besitz der Waffenstillstandsbedingungen gelangt sein, und es ist anzunehmen, daß eventuelle Verhandlungen und Besprechungen hierüber am heutigen Freitag stattfinden. Vielleicht erfährt das deutsche Volk noch am Freitag, sonst aber am Sonnabend das, was uns unsere Gegner auferlegen wollen, bevor die Mordwaffen das Feuern einstellen. Der Frieden ist auf dem Marsche! Er kann nicht mehr verzögert werden. Auch die Auslandsstimmen mehren sich, nach denen sich die Elemente der Vernunft durt mehren, die gegen eine allzu große Ausbeutung Deutschlands sind. Bei unseren Gegnern mehren sich die Stimmen, die deutlich erkennen, welche schwere Gefahr für die Zukunft der Welt ein brutaler Machtfriede sein würde. Darum hoffen wir, daß der Friede einmal sehr schnell zustande kommt und daß er andererseits auch zu Bedingungen erzielt wird, die das Deutsche Reich in seiner zukünftigen Entwicklung nicht erdrosseln. Wonach wir uns zu sehnen seit vier Jahren nicht aufgehört haben, wird jedenfalls in kürzester Zeit erreicht sein. Die Demokratisierung wird beginnen können und Millionen von Männern werden ihren Familien zurückgegeben werden. Wir wollen und müssen zum Frieden kommen, weil wir auf den Schlachtfeldern nicht weitere Arbeitskräfte verlieren können, wenn anders uns der Wiederaufbau nach dem Kriege nicht in unendlicher Weise erschwert werden soll. Eine jede Arbeitskraft wird nach diesem vierjährigen Blutvergießen gebraucht werden, und deshalb kann nicht dringend genug gewünscht werden, daß dem großen Menschenschlachten baldigst ein Ende gesetzt wird.

Es ist für das Reich vielleicht auch lohnender, wenn es nach einem Kriege, der nun einmal verloren gegangen ist, nach einem ehrenvollen, an Siegen reichen vierjährigen Ringen kapituliert und die weiße Fahne hißt, was durch das Erscheinen der deutschen Unterhändler bei Foch praktisch bereits getan wurde, als wir schleppen den Krieg fort, und im Innern entsteht über diese Frage ein Bürgerkrieg, bei dem deutsche Brüder einander nach dem Leben trachten. Auch weil wir die innere Freiheit erstreben, ersehnen wir ein Ende des Blutvergießens. Diese Freiheit, um die der Liberalismus kämpft, sieht anders aus als die bolschewistische Freiheit. Die Anarchie ist uns das furchtbarste, was wir uns denken wollen. Das deutsche Volk ist zu sehr an Ordnung gewöhnt und es erschaudert bei dem Gedanken, daß wir zu russischen Zuständen kommen könnten. Schon sind in den schleswig-holsteinischen Städten nach den amtlichen Berichten unschuldige Zivilpersonen getötet und harmlose Frauen ermordet worden. Soll das so weiter gehen? Das ist das Gegenteil der Freiheit, die das liberale Bürgertum seit Jahren erwartet hat. Wir wollen, daß die Kaiserfrage in einer Weise erledigt wird, daß sie aufhört, ein Zankapfel im Innern des Landes zu sein. Deshalb bedauern wir auch, daß der Monarch sich immer noch in seiner militärischen Umgebung im Großen Hauptquartier aufhält und daß er immer noch nicht den Weg zum Sitze der allein maßgebenden Regierung zurückgefunden hat. Vielleicht ist auch hier in der Stunde, wo diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen, eine Entscheidung bereits gefallen. Wir wissen nicht, was in Berlin vorgeht. Seit Donnerstag abends 11 Uhr ist Berlin für den gesamten Privatverkehr drahtlich gesperrt. Die Ämter sind selbst nicht in der Lage, die notwendigsten Verbindungen für die Zeitungen herzustellen, so daß die Versorgung der Bevölkerung mit Nachrichten über die Lage, worauf unser Volk ein heiliges Anrecht hat, in einer Weise Not leiden muß, die während des ganzen Krieges unbekannt war. Wir wiederholen die Frage: Was geht in der Reichshauptstadt vor? Mögen die Ereignisse zum Heile des preußischen und deutschen Volkes ausschlagen! In diesem Zusammenhang muß es lebhaft bedauert werden, daß die Reformen in Preußen nicht schnellere Fortschritte machen. Wir sehen, wie sich fortschrittliche Kräfte in allen Bundesstaaten regen, wie sich veraltete Ministerien umbilden oder ganz und gar Männern aus dem Volke Platz machen. Nur in Preußen rückt der Fortschritt kaum vom Fleck, so daß aufständische Elemente auch diese Fragen schon in den Kreis ihrer Forderungen gezogen haben. War das nötig? Müssen wir immer erneut solange warten, bis der eiserne Zwang einsetzt?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181108027/fragment/page=0001

Wir werden einem jeden Bolschewistentum den Boden entziehen, wenn wir, wie das ja geschieht, mit Zielklarheit auf den Frieden losteuern und wenn wir auch mutig das Banner des Fortschritts vorantragen. Frieden, Freiheit und Brot sind die besten Waffen im Kampfe gegen alle bolschewistischen Elemente. Brot sollen wir ab 1. Dezember in erhöhten Rationen bekommen, obwohl wir bisher stets hörten, daß die Rationen so gering bemessen sein müßten, wenn wir bis zur nächsten Ernte durchkommen wollen. Es scheint, daß das Kriegsernährungsamt zu höheren Rationen greift in der Hoffnung, daß es nach Erlangung des Friedens doch gelingt, aus dem Auslande etwas herein zu bekommen.

Wie wir die Wichtigkeit von Frieden, Freiheit und Brot für eine wirksame Bekämpfung anarchistischer Bestrebungen niemals verkannt haben und fortgesetzt betonen, so müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß die Zersetzungsbestrebungen, wie sie sich hier und da zeigen, der größte Feind des Friedens, der Gegner der wahren Freiheit und der Erlangung von ausreichenden Nahrungsmitteln sind. Wir werden auf allen drei Gebieten unsere Lage unendlich verschlechtern, wenn wir der am Ruder befindlichen Volksregierung nicht treu zur Seite stehen. Eine jede Untergrabung der Ruhe, Ordnung und öffentlichen Sicherheit kann uns neuen Leiden zuführen. Sie kann die Ursache sein, daß die Entente eine solche Lage zur Ursache einer Besetzung weiter Gebiete macht, daß diejenigen Agitationsstoff erhalten, die sich gegen jeden Fortschritt stemmen und daß unsere Versorgung gefährdet wird. Darum kann die Forderung nicht eindringlich genug lauten: Sorgt für Ruhe und Ordnung! Wer Frieden, Freiheit und Brot will, darf die Wichtigkeit dieser Forderung in ernstester Stunde keinen Moment aus den Augen verlieren. C. H.

Die Lage in Hamburg.

In der Nacht zum Donnerstag war in Hamburg, wie die „L. N. N." zensiert berichten, alles ruhig. Der Mittwoch, namentlich der Nachmittag und der Abend, verlief recht aufregend. Es wurde namentlich in der Gegend des Hauptbahnhofes mehrfach geschossen. Die Husaren aus Wandsbek, die mit den Aufrührern nicht gemeinsame Sache machten, rückten vor das Gewerkschaftshaus, in dem der Soldatenrat sein Bureau aufgeschlagen hat, und versuchten hier einzudringen. Die Husaren wurden aber zurückgeschlagen. Wie verlautet, ist das Garderegiment „Königin Elisabeth" von Berlin nach Hamburg unterwegs. Der Soldatenrat hat rund

um den Hauptbahnhof Artillerie

auffahren lassen. Abends wurde die Sitzung der Bürgerschaft unterbrochen, weil der Reichstagsabgeordnete Haase mit mehreren Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Senat verhandeln wollten. Bürgermeister Dr. von Melle und Senator Dr. Petersen verhandelten mit dem Reichstagsabgeordneten Haase und den anderen Abgeordneten. Den Führern der unabhängigen Sozialdemokraten kommt es darauf an, die militärische Obergewalt in die Hände zu bekommen. Man hat vorläufig davon abgesehen, an der Zivilverwaltung etwas zu ändern. Sie bleibt im wesentlichen in den Händen des Senats. Dagegen hat der Soldatenrat die militärische Gewalt in Hamburg und Umgegend noch vollständig in der Hand. Wie uns erklärt wurde, läßt der Soldatenrat

durch die ganze Stadt starke Patrouillen,

auch Autopatrouillen, gehen, um das persönliche Eigentum zu schützen. Im Laufe des Donnerstags sollen Bekanntmachungen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates erscheinen, die genau dieselben Bestimmungen wie die Kieler Proklamation enthalten. Das Kriegsversorgungsamt hat dem Arbeiter- und Soldatenrat sämtliche Läger übergeben; diese werden scharf bewacht, um Plünderungen zu vermeiden. Auch in Altona ist jetzt alles ruhig. Die Abgeordneten des Soldatenrates haben nur

die politischen Gefangenen in Freiheit

gesetzt, und auch nur die, von denen die Akten zur Stelle waren. Alle wegen krimineller oder entehrender Vergehen inhaftierten Personen wurden in Haft behalten, nur wurde ihre Verpflegung sicergestellt. Das sozialdemokratische „Echo" befindet sich unter Vorzensur des Soldatenrates. Die Zeitungen erscheinen noch wie vor. Das Generalkommando des 9. Armeekorps ist nach einem unbekannten Ort verlegt worden.

Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten Stolten (Soz.) und Blunck (Fortschr.) auch die Abgeordneten Stubbe (Soz.) und Schumann von der Zentralkommission der Gewerkschaften abgereist. Ihnen sollte am Donnerstag früh der Reichstagsabgeordnete Dr. Quark (Soz.) folgen,

vielleicht mit dem Flugzeug,

um recht rasch an Ort und Stelle zu sein. Die Reichspost steht noch immer in regelmäßiger Verbindung mit den Reichsbanken in Hamburg und Kiel. Weder auf die Reichspoststellen noch auf irgend welche Privatbanken ist ein Angriff erfolgt.

Am Donnerstag erging eine Bekanntmachung, daß der Straßenverkehr von neun Uhr abends bis fünf Uhr morgens gesperrt ist. Kein Zivilist darf sich auf der Straße sehen lassen. Infolgedessen haben die Hamburger Zeitungen beschlossen,

ihre Morgenausgaben Freitag nicht erscheinen

zu lassen. Allen Zivilisten, die mit Waffen betroffen werden, werden diese abgenommen. Der Straßenverkehr ist ebenso wie der Hochbahn- und der Vorortverkehr der Nordbahn wieder aufgenommen worden, wird aber in den Spätnachmittagsstunden wieder eingestellt. Der Fernverkehr flott vollkommen. Es werden nur Züge bis Neumünster und Odesloe abgelassen. Der Arbeiter- und Soldatenrat verspricht in einem Anschlag der Bevölkerung, für die Lebensmittelzufuhr in geregelter Weise zu sorgen. Der Güterverkehr soll deshalb aufrechterhalten werden. Theater, Kinos und andere Lustbarkeiten bleiben vollkommen geschlossen. Auch die Kaffeehäuser und großen Restaurants, die bereits gestern geschlossen hatten, öffneten heute nicht.

An die Auslandsdeutschen.

Ein weiterer Aufruf des Reichskanzlers.

Berlin, 7. November. Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:

An die Deutschen im Auslande.

In diesen schweren Tagen wird manchem von Euch Volksgenossen, die außerhalb der Grenzen des deutschen Vaterlandes von Schadenfreude und Haß umgeben sind, das Herz schwer werden.

Verzweifelt nicht am deutschen Volke!

Unsere Soldaten haben bis zuletzt so heldenhaft gekämpft, wie nur je ein Heer gekämpft hat. Die Heimat hat eine unerhörte Kraft des Leidens und Ausharrens bewiesen.

Im fünften Jahre von seinen Bundesgenossen verlassen, konnte das deutsche Volk den Kampf gegen die machtende Uebermacht nicht mehr weiter führen.

Der Sieg, auf den viele hofften, ist nicht unser geworden, aber einen größeren Sieg hat das deutsche Volk erfochten, denn es hat sich selbst und seinen Gläubigern an das Recht der Macht besiegt. Aus diesem Sieg werden wir für die schwere Zeit, die uns bevorsteht, neue Kräfte schöpfen, auf die auch Ihr bauen könnt.

Denen von Euch, die während der harten Kriegsjahre für ihr deutsches Vaterland gestritten und gelitten haben, wird auch das neue Deutschland seinen Dank nicht schuldig bleiben. Soweit es in der Macht der deutschen Regierung und des deutschen Volkes steht, die Leiden dieses Krieges und ihre Folgen zu lindern, wird ihre Fürsorge ebenso den Deutschen im Auslande wie den Deutschen der engeren Heimat zuteil werden.

Der Reichskanzler. Max, Prinz von Baden.

Der Reichskanzler mit den sozialdemokratischen Ultimatum zum Kaiser abgereist.

Berlin, 7. November. Der Reichskanzler fährt heute abend zum Kaiser, um ihm das Ultimatum der Sozialdemokraten vorzulegen. Zu diesem haben die bürgerlichen Mehrheitsparteien bisher noch nicht Stellung nehmen können, da sie die Nachricht nicht rechtzeitig erreichte. Die Zentrumsfraktion tritt morgen früh 9 Uhr wieder zusammen. Man spricht von der Möglichkeit, daß eine sozialistische Regierung kommen könnte, an der sich vielleicht auch die Unabhängigen beteiligen würden. Das sind jedoch vorderhand noch Kombinationen.

Das Kriegskabinett beriet heute abend wieder über die Lage.

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 7. November. Die sozialdemokratische Parteileitung hat heute nachmittag um 5 Uhr durch Ebert und Scheidemann dem Reichskanzler eine Erklärung überreicht, die besagt:

Die Sozialdemokratie fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für heute aufgehoben werden,
2. daß die Polizei und das Militär zur äußersten Zurückhaltung angehalten werden,
3. daß die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,
4. daß der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,
5. daß die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen bis morgen mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie [illegible] der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit.

Weitere Nachrichten sind bis morgen nachmittag abzuwarten.

In Schwerin.

Das „Berl. Tagebl." meldet aus Schwerin: Auch hier spielten sich ähnliche Vorgänge ab wie in Kiel, Lübeck, Hamburg, Bremen und Tilsit. Auch hier haben die Soldaten selber für die Aufsichterhaltung der Ordnung und Sicherheit Sorge getragen. Im Auftrage der Regierung ist der fortschrittliche Abgeordnete Sivkovich hingefahren.

Die Parlamentarisierung in Preußen.

Berlin, 7. November. Heute nachmittag fand unter Vertretern der Mehrheitsparteien aus dem Reichstag und dem preußischen Landtag eine Besprechung über die Frage statt, in welcher Weise jetzt grundlegende Aenderungen der einzelstaatlichen Verfassungen, insbesondere Preußens, herbeizuführen wären. Für Preußen kommt namentlich das Wahlrecht und die schleunige Parlamentarisierung der Regierung in Frage. Es wurde eine grundsätzliche Einigung unter den Parteien erzielt. Zur weiteren Erörterung begaben sich noch am Abend Vertreter der vier Mehrheitsparteien zum Vizepräsidenten des Preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg.

Die russischen Flugblätter.

Berlin, 7. November. In den beschlagnahmten Kisten des russischen Kuriers befanden sich Flugblätter, die auf ein enges Zusammenarbeiten der russischen Botschaft mit umstürzlerischen Gruppen in Deutschland hinweisen. Schon seit einiger Zeit tauchten in verschiedenen Orten Deutschlands zur Revolution aufreizende Flugblätter auf, deren Wortlaut die Vermutung nahelegte, daß russische Machenschaften dabei mitspielten. Besonders gilt dies von zwei Flugblättern mit den Titeln: „Arbeiter, aufgewacht!" und „Genossen! Arbeiter!" Das Flugblatt „Genossen! Arbeiter!" war vor kurzem mit anderen Flugblättern hetzerischen Inhalts in zusammen 30 000 Exemplaren, bei dem revolutionären Agitator Bäckergesellen Ulrich Roog in Duisburg gefunden worden. Es war in Arbeiterkreisen in Solingen, Köln, Stuttgart, hier besonders in den Daimlerwerken, Düsseldorf und Barmen in verbreitet worden. Jetzt waren zahlreiche weitere Exemplare in dem Kurierserpäck der russischen Botschaft enthalten, wo auch alte Vorräte des anderen Flugblatts: „Arbeiter, aufgewacht!" das ebenfalls schon in weitere Kreise Deutschlands gedrungen war, entdeckt worden sind. Es war u. a. schon im Oktober in der Elberfelder Gegend nachts über die Eingangstore der Fabriken geworfen und unter die Heimkehrenden geschoben worden. In Düsseldorf war es mit dem Flugblatte „Genossen, Arbeiter!" nachts in der rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik verteilt worden.

Oesterreich bittet die Entente um Lebensmittel.

Wien, 6. Novbr. (Meldung des Wiener K. K. Telegr. Bureaus.) Geleitet von dem Bestreben, die Volksernährung in jenen Gebieten, welche auf Zuführen unbedingt angewiesen sind, also in erster Linie in Wien, auch für spätere Zeit, etwa im ersten Halbjahre des kommenden Jahres 1919 sicherzustellen, hat sich das Ministerium des Aeußern sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes mit einem diesbezüglichen Schritt an die Entente und die Vereinigten Staaten gewendet. Die Grundlage für dieses Einschreiten bietet Art. 5 der Seebedingungen im Waffenstillstandsabkommen, welcher die Einsetzung einer Kommission vorsieht, die über Ausnahmen von der Blockade entscheiden soll, um unseren Schiffen Fahrten zu gestatten. Den erwähnten Regierungen wird die bedrängte Situation auf dem Ernährungsgebiete geschildert und sie werden gebeten, diese Kommission ehestens einzusetzen und ihr das Verlangen vorzulegen, einer bestimmten Anzahl unserer Handelsdampfer, von denen mehrere in Spanien und in Niederländisch-Indien liegen, Fahrten nach Argentinien und nach Nordamerika und von Indien zu gestatten. Diese Regierungen werden ferner gebeten, zu gestatten, daß in jenen Ländern Getreide, Fettstoffe und Gefrierfleisch für uns eingekauft und geladen werden. Der Transport würde unter der Leitung der Ententeregierungen und der Vereinigten Staaten sich über Triest und die vor dort ausgehenden Bahnen abwickeln.

Der Oberbefehlshaber der deutsch-österreichischen Wehrmacht.

Wien, 7. November. Vom Präsidium des Staatsrates wird mitgeteilt: Der Staatsrat hat den Feldmarschalleutnant Adolf von Boog zum Oberbefehlshaber der deutsch-österreichischen Wehrmacht ernannt.

Die Lage in Tirol.

München, 7. Nov. Teile der früheren österreichisch-ungarischen Armee gehen in Auflösung und Unordnung durch Tirol zurück. Deutsche Truppen sind in Tirol einmarschiert, um die Reichsgrenzen zu schützen.

Innsbruck, 7 Nov. Der Einfluß der ordnenden Macht ist in Tirol schon deutlich erkennbar. Die befürchtete Ueberflutung mit regellos zurückströmenden Truppen scheint nunmehr abgewendet zu sein. So viel man hört, können die Truppen bereits auf dem Brenner entwaffnet und genügend beköstigt werden, wodurch die Abfertigung in kleineren Abteilungen möglich ist.

Fliegerangriffe auf Heidelberg und Dürkheim.

Berlin, 6. November. Mehrere feindliche Geschwader belegten in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober offene Städte in Baden und in der Pfalz mit Bomben. In Heidelberg, das keinerlei militärischen Zwecken dient, wurde die Universität beschädigt. Der jeder Kriegsindustrie entbehrende Badeort Dürckheim in der Pfalz war gleichfalls das Ziel der Bombenwürfe. Fünf Personen wurden bei den Angriffen getötet und 30 verwundet.

Die Amerikaner erschießen Gefangene.

Am 18. 10. griffen Amerikaner 2 Gruppen der 4. Komp. des Infanterie-Regiments Nr. 142 aus Flanke und Rücken überraschend an. Diese verteidigten sich heldenhaft, wurden einer [illegible] von der [illegible] gefangen genommen. Die Amerikaner haben dann bezeichnenderweise die Waffenlosen, bis auf zwei Mann, denen die Flucht gelang, erschossen!

Sieg der Republikaner in Amerika.

New York, 7. November. (Reuter.) Aus den bisherigen Wahlergebnissen geht hervor, daß der Ausgang der Wahlen nicht zweifelhaft ist. Für das Repräsentantenhaus sind, soweit bisher bekannt, 219 Republikaner und 183 Demokraten gewählt worden. Die übrigen Wahlergebnisse stehen noch aus, aber eine republikanische Mehrheit ist bereits gesichert. Im Senat erhielten die Demokraten 45, die Republikaner 44 Sitze. In vier von den übrig bleibenden sieben Wahldistrikten sind die Aussichten für die Republikaner günstig.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Madrid, 7. November. (Havas.) Nach langen Erörterungen in der Kammer hat der Ministerpräsident dem Könige den Rücktritt des gesamten Kabinetts angeboten.

Deutsches Reich.

Nächste Reichstagssitzung am 13. November.

Berlin, 7. November. Die nächste Sitzung des Reichstages findet Mittwoch, den 13. November nachmittags 2 Uhr statt.

Das Wahlergebnis in Rummelsburg-Schlewe.

Köslin, 7. November. Im Wahlkreis Köslin 2 (Rummelsburg-Schlewe) ist bei der heutigen Wahl zum Abgeordnetenhause Rittergutsbesitzer von Zitzewitz-Behwitz mit 203 von 304 abgegebenen Stimmen gewählt worden.

Parlamentarisierung in Anhalt.

Bernburg, 7. November. Wie der „Anhalter Kurier" meldet, ist Staatsminister Dr. v. Lane auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden; sein Nachfolger wird Kreisdirektor Geheimer Regierungsrat Guttnecht. Mit dem Wechsel im Ministerium wird eine Landtagswahlreform und eine Parlamentarisierung des Ministeriums verbunden.

Demission der württembergischen Regierung.

Stuttgart, 7. Novbr. Wie der „Staatsanzeiger" hört, haben sämtliche Mitglieder des königlichen Staatsministeriums gestern die ihnen anvertrauten Aemter in die Hände des Königs zurückgelegt und um Entlassung aus dem königlichen Dienst gebeten. Der König hat von dem Gesuche Kenntnis genommen und die Minister ersucht, ihre Aemter bis zu der in Aussicht genommenen Neubildung des Staatsministeriums weiter zu verwalten. Die Ständeversammlung ist zur Wiederaufnahme ihrer Sitzungen auf Dienstag, den 12. November, einberufen.

Provinzial-Nachrichten.

XX Weimar, 6. Nov. Die noch andauernden, eine gründliche Neuordnung anstrebenden Verhandlungen im außerordent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181108027/fragment/page=0002